

Umfassende Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 hat begonnen

Kommunalpolitik – Ergebnisse, Probleme und Wirken für ein angenehmes Zuhause

Resümee über ein Wählerforum



Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters unserer Stadt, Genosse Dr. Fülllein (r.), wollte zu einem Wählerforum an der Sektion W.

Als Karl-Marx-Städtern gefällt und vieles im Anblick unserer Stadt noch nicht, oftmals schütteln wir über Erscheinungen den Kopf und suchen die Schuldigen. Wie wichtig für das Begreifen kommunalpolitischer Prozesse ein Gespräch mit Verantwortlichen ist, zeigte sich am 9. Februar 1989 während eines Wählerforums an der Sektion Wirtschaftswissenschaften.

Der Leiter der Abgeordneten-Gruppe der TU, Genosse E. Müller – selbst Kandidat zur Kommunalwahl – organisierte das Treffen mit dem 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters unserer Stadt, Genossen Dr. sc. oec. Fülllein.

Aufmerksame und kritische Zuhörer und Fragesteller waren Mitarbeiter und Studenten der Sektion Wirtschaftswissenschaften, Mitglieder der Kommission Agitation/Propaganda der UGL und Zirkellei-

ter der Schule der sozialistischen Arbeit der Universität.

Ausgangspunkt und roter Faden der Diskussion war die Verbindung der Kommunalpolitik in unserer Bezirksstadt mit der marxistischen Reproduktionstheorie. Diese Verknüpfung ist letztlich die Grundlage für viele Antworten auf Fragen zur Entwicklung unserer Stadt.

Beindruckend für mich als Politikonom war die mit vielen Fakten illustrierte Feststellung des Genossen Fülllein, daß sich für einige Bereiche der städtischen Infrastruktur in bezug auf ihre Reproduktion komplizierte Fragen ergeben, daß wir heute noch nicht alle Probleme umfassend klären können.

Vorrang hat die Lösung der Wohnungsfrage auch in unserer Stadt, und die Weichen sind so gestellt, daß wir das auch erreichen werden. Viele interessante Fragen

und ehrliche Antworten wurden gestellt und gegeben.

Aus der Vielfalt der angesprochenen Probleme seien hier genannt: Perspektiven und Prioritäten der Rekonstruktion der Wohngebiete, Ordnung und Sauberkeit in der Stadt, die Entwicklung des Verkehrswesens, Verantwortung der Betriebe für das Territorium, die Zusammenarbeit der AWG mit dem VEB Gebäudewirtschaft u. a.

In seinen Antworten betonte Genosse Fülllein, daß für alle Vorhaben in allen Bereichen das Prinzip der Sparsamkeit an erster Stelle steht. Dabei komme es weiterhin darauf an, klar und deutlich zu zeigen, daß die Basis für ein Vorwärtkommen in der Kommunalpolitik, die Erhaltung des Friedens und Stärkung unseres sozialistischen Staates und unserer Stadt ist.

In der Gesprächsrunde wurde auch deutlich, daß die staatlichen Organe allein nicht alle Probleme lösen können. Viele Dinge, wie nicht geräumte und nicht gestreute Wege in den vergangenen Jahren, unsaubere Haus- und Betriebsumgebungen, un gepflegte Spielplätze, u. a. liegen in der Hand aller Bewohner der Stadt. Verantwortungsgefühl für unsere Stadt – dies läßt sich leicht aussprechen, ist aber schwer zu realisieren.

Die vorhandenen guten Beispiele von Hausgemeinschaften und Wohnbezirken müssen noch schneller Schule machen.

Und Partner, auf die sich die Bürger verlassen können, sollten unsere Abgeordneten sein. Deshalb prüfen wir sie. Auf diesem Forum zeigte sich, daß Genosse Fülllein ein solcher Kandidat ist.

Eine Persönlichkeit, die mit all ihrem Wissen und ihrer Kraft praktische Fragen mit hohem theoretischem Anspruch einer Lösung zuzuführen sucht und die andere Menschen dafür begeistern kann.

Dr. K. Kuzee,
Sektion W

Rechenschaftslegung von Abgeordneten an der TU

Abgeordnete, Nachfolgekandidaten und weitere Mitglieder der Ständigen Kommission Energie der Stadtverordnetenversammlung Karl-Marx-Stadt informierten in einer öffentlichen Rechenschaftslegung über die Ergebnisse ihrer Abgeordnetentätigkeit der Legislaturperiode 1984 bis 1989.

Die Technische Universität Karl-Marx-Stadt war ein besonders geeigneter Ort für den Erfahrungsaustausch mit den Gästen des VEB Kohlehandel, VEB Gebäudewirtschaft, des VEB Energiekombinat und der Sektion VT. Die TU ist eine mehrfach für ihre vorbildliche energiewirtschaftliche Arbeit ausgezeichnete Einrichtung und durch ihre vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten auf den verschiedensten Gebieten der Energiewirtschaft ein bedeutender Partner für eine erfolgreiche energiewirtschaftliche Arbeit im Territorium.

Die Abgeordneten konnten auf die erfolgreiche Arbeit der Ständigen Kommission Energie verweisen und die Unterstützung der Mitarbeiter der TU bei der Lösung komplizierter energiewirtschaftlicher Fragen des Territoriums hervorheben. Die Abgeordneten zogen aber auch eine eindrucksvolle Bilanz ihrer eigenen Arbeit. So konnten unter Einflußnahme der Mitglieder der Aktive der Ständigen Kommission jederzeit, auch bei schwierigen Witterungsbedingungen und einer unregelmäßigen Anlieferung von Brennstoffen, die Industrie und die Bürger mit festem Brennstoff, Elektroenergie und Gas versorgt werden. Die Betriebe konnten im Rahmen des Wettbewerbes um den Titel „Energiewirtschaftlich vorbildlicher Betrieb“ den spezifischen Energieverbrauch senken und die Sekundärenergieausnutzung beachtlich steigern. So wird ein großer Teil des in den Gewächshäusern heranwachsenden Frühgemüses ausschließlich mit Sekundärenergie erzeugt, und die technologisch bedingte Abwärme des Backwarenkombinates wird zur Herstellung von Warmwasser und als Brauchenergie eingesetzt. In beiden Einrichtungen haben die Mitarbeiter und Studenten des WB Wärmetechnik der Sektion VT die erforderlichen wissenschaft-



Eine Rechenschaftslegung von Abgeordneten, Nachfolgekandidaten und Mitgliedern der Ständigen Kommission Energie der Stadtverordnetenversammlung Karl-Marx-Stadt fand am 9. Februar 1989 an der TU statt.

lich-technischen Voruntersuchungen durchgeführt und Projektierungsarbeiten übernommen. Durch die Arbeit der Wissenschaftler in den Betrieben und Einrichtungen unserer Stadt konnten beachtliche Mittel eingespart und ein bedeutender Tempogewinn bei der Nutzung der uns so kostbaren Energie erreicht werden.

Die Abgeordneten berichteten weiter über die Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt vorbereitete und durchgeführte Städtekonferenzen zu Fragen der Energiewirtschaft. So wurde u. a. auf den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommissionshändlern, dem VE Kohlehandel Karl-Marx-Stadt und Leipzig verwiesen. Rationalisierungslösungen wurden zwischen den Betrieben ausgetauscht und Methoden der Planung und Leitung der energiewirtschaftlichen Arbeit abgestimmt.

Die Abgeordneten berichteten auch über wichtige, noch zu lösende Aufgaben. So sind die Maßnahmen zur Instandhaltung der Versorgungsanlagen besser zu koordinieren und die dafür eingesetzten Mittel zu erhöhen. Der sozialistische Wettbewerb muß noch mehr zum Leistungs-

instrument auf energiewirtschaftlichem Gebiet entwickelt und durch neue Stimulierungsformen müssen alle an der energiewirtschaftlichen Arbeit beteiligt und interessiert werden.

Als Vertreter des Stadtrates für Energie dankte Genosse Bartel den Abgeordneten für ihre unermüdete, politisch verantwortungsvolle Arbeit in der Ständigen Kommission und dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung.

Die in der zurückliegenden Legislaturperiode erstmals gebildete Ständige Kommission Energie hat sich gut bewährt. Die Ergebnisse der Arbeit haben dazu beigetragen, die Stadt Karl-Marx-Stadt zu einem energiewirtschaftlich vorbildlich arbeitenden Territorium zu entwickeln. Den Abgeordneten, die erneut als Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung nominiert wurden, stehen große Aufgaben bevor. Schließlich ist eine verantwortungsbewusste energiewirtschaftliche Arbeit der Schlüssel für eine hohe Effektivität der Volkswirtschaft und eine geringe Belastung der Umwelt.

Prof. Dr. Jentsch, Sektion VT

Im Zentrum der Mitglieder- versammlungen

Kommunalwahlen 1989 – Bekenntnisse, Initiativen

Die Mitglieder und Kandidaten an unserer Universität verständigten sich in den Mitgliederversammlungen Februar 1989 darüber, wie sie an der Spitze der Mitarbeiter- und Studentenkollektive eine Atmosphäre schaffen wollen, die

● geprägt ist von der einmütigen Zustimmung der Universitätsangehörigen zu der von Partei und Regierung kontinuierlich und konsequent verfolgten Politik zum Wohle des Volkes und zur dauerhaften Sicherung des Friedens.

● getragen ist vom tiefen Vertrauen der Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten unserer Einrichtung in die politische Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse.

● in die Bereitschaft mündet, die Zeit bis zum Wahltag zu einer Zeit besonderer politischer und fachlicher Initiativen zu machen und so am Wahlkampf teilzunehmen, wie wir ihn in unser aller Interesse politisch engagiert führen.

Deshalb standen im Mittelpunkt der Referate der Parteileitungen sowie vieler Diskussionsbeiträge Überlegungen, wie durch die weitere Aktivierung der massenpolitischen Arbeit in Vorbereitung der Kommunalwahlen darauf eingewirkt werden kann, mit vorbildlichen Ergebnissen in Erziehung, Aus- und Weiterbildung, Forschung sowie bei der Schaffung entsprechender materiell-technischer und sonstiger Voraussetzungen das bewusste Bekenntnis für die Kandidaten der Nationalen Front der DDR abzulegen.

In den Mitgliederversammlungen wurde bekräftigt, daß es in den nächsten Wochen noch zwingender gilt

● das Verständnis der Universitätsangehörigen für die Grundfragen unserer Innen- und Außenpolitik weiter zu vertiefen.

● die Werte und Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihre historische Überlegenheit gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu verdeutlichen und nachzuweisen.

● aus dem Stolz auf das gemeinsame Geschaffene, der Liebe zum sozialistischen Heimat, zum sozialistischen Vaterland heraus Neues mit Optimismus und Kampfeswillen anzugehen und zu meistern.

Ganz in diesem Sinne wurden die Ergebnisse der Verhandlungen des Titels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ in den Mitarbeiterkollektiven gewertet und die dabei ausgeübten Initiativen als würdige Beiträge für die Stärkung der DDR und die Sicherung des Friedens gekennzeichnet.

Darüber hinaus berieten die Genossen, wie den FDJ-Kollektiven konkrete Unterstützung gegeben werden kann, die Kommunalwahlen emotional wirksam als sozialistische Demokratie in Aktion zu erleben, zu verstehen und selbst aktiv mitzubereiten.

Schließlich wurde in den Mitgliederversammlungen klare Aussagen getroffen darüber, daß jeder Genosse seiner besonderen politischen Verantwortung in der Hausgemeinschaft, im Wohngebiet, als Agitator, als Mitglied eines Wahlvorstandes, als Wahlhelfer in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen gerecht werden muß.

Wachsende Mitverantwortung für Wissenschaft und Technik

Parteibeauftragte der LDPD besuchten TU Karl-Marx-Stadt



Das Sekretariat des Bezirksvorstandes Karl-Marx-Stadt der LDPD verband seinen Aufenthalt unter Leitung seines 1. Sekretärs, Dietmar Schicke (r.), mit einem Besuch des Traditionskabinetts. Der Rektor erläuterte den Gästen die Geschichte unserer Universität.

Foto: Grunewald

Das Sekretariat des Bezirksvorstandes Karl-Marx-Stadt der LDPD weilte am 14. Februar 1989 zu einer Beratung an der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, um die traditionell gute Verbindung zu unserer Lehr- und Forschungsstätte im Hinblick auf eine wirksame Wissenschaftspolitik zu besprechen.

Der Rektor, Genosse Prof. Dr.-Ing. habil. Manfred Krauß, legte den Parteifreunden sowohl die Entwicklung als auch die Aufgaben der TU in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR und des XII. Parteitages der SED dar.

LDPD-Bezirksvorsitzender Dietmar Schicke umriß in einleitenden Worten das Wirken der Liberaldemokraten in Wissenschaft und Technik als ein wichtiges Feld politisch-ideologischer Arbeit. So betonte er, daß Parteifreunde an Forschungsergebnissen, an der Arbeit von Jugendforscherkollektiven ebenso wie an der Profilierung des politischen

wie geistig-kulturellen Lebens aktiv beteiligt sind und ihre bündnispolitische Mitverantwortung immer mehr durch zukunftsorientierte Aufgaben bestimmt ist. In diesem Zusammenhang erwähnte er so namhafte Wissenschaftler wie Prof. Dr.-Ing. habil. eh. Harry Trumpold, Prof. Dr. sc. techn. Peter-Klaus Budig, Prof. Dr. sc. techn. Hans Georg Lutze, Doz. Dr. sc. techn. Dieter Pomp, Doz. Dr. sc. techn. Wolfgang Müller und Doz. Dr. sc. techn. Wilfried Klemm, die auch in der LDPD aktive gesellschaftliche Arbeit leisten.

Während eines Rundganges durch das Traditionskabinett machten sich die Parteifreunde mit der Geschichte der TU vertraut. In einem anschließenden Gespräch mit dem Rektor standen die durch die wissenschaftlich-technische Revolution bedingte beschleunigte Wissensverdopplung aller anderthalb Jahre und die erforderlichen neuen Ausbildungsinhalte im Vordergrund.

Konstituierung der Zentralen Arbeitsgruppe Wahlen an der TU



Am 6. Februar 1989 konstituierte sich die Zentrale Arbeitsgruppe Wahlen an der TU Karl-Marx-Stadt. Sie steht unter Leitung des 1. Prorektors, Genossen Prof. Dr. Horst Brendel.

Am 6. Februar 1989 konstituierte sich unter Leitung des 1. Prorektors, Genossen Prof. Dr. Brendel, die Zentrale Arbeitsgruppe Wahlen unserer Universität. Sie koordiniert auf der Grundlage eines gemeinsamen Planes des Rektors, der FDJ-Kreisleitung und der Universitäts-gewerkschaftsleitung alle inhaltlichen und organisatorischen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen am 7. Mai 1989.

An der TU Karl-Marx-Stadt wird entsprechend den Festlegungen des Ministers die Möglichkeit geschaffen, daß über 5700 Studierende des Direktstudiums, Forschungsstudenten sowie die Schüler der Spezialklassen Mathematik ihr Wahlrecht ausüben können. In allen immatrikulierenden Sektionen wurden Arbeitsgruppen gebildet.

Wie in den vergangenen Jahren nimmt unserer Universität darüber hinaus die Funktion einer Leiteneinrichtung für die Hoch- und Fachschulen unseres Bezirkes wahr.